

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Thomas Huber

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Doris Rauscher

Abg. Christine Kamm

Abg. Florian Streibl

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1 d** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**für ein Bayerisches Partizipations- und Integrationsgesetz (Drs. 17/13709)**

**- Erste Lesung -**

Zur Begründung erteile ich Herrn Kollegen Aiwanger das Wort. Bitte schön.

**Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Monaten diskutiert dieses Land über das Thema Zuwanderung, über das Thema Integration und darüber, wie Bayern mit Zuwanderung umgeht. In der Vergangenheit ist das leider Gottes eine sehr ideologische Debatte gewesen, die sich an einigen wenigen Begriffen festgezurrut hat. Man hat dabei eine Leitkultur nach vorn gestellt und gesagt: Das ist das Maß aller Dinge. Andere hingegen haben gesagt, das ist überhaupt nicht akzeptabel.

Bei dieser Debatte vermissen wir FREIEN WÄHLER den Blick in die Realität. Wir vermissen dabei auch eine Kenntnisname der Situation, die da lautet: Die Kommunen sind die entscheidenden Akteure in der Frage, ob eine Integration gelingen kann. Die Kommunen müssen sich damit auseinandersetzen, wie es mit den Zuwanderern weitergeht, und zwar mit denen von gestern, von heute und von morgen. Das sind nämlich nicht nur die Leute, die im Zuge der Syrienkrise zu uns gekommen sind. Wir müssen auch auf die nächsten Jahre blicken. Wir müssen auch künftige Zuwanderung politisch steuern. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass der Freistaat sich dieses Problems politisch künftig mehr annehmen muss als in der Vergangenheit. Damals war die Zuwanderungsrate noch niedriger, und die Dinge haben sich dann irgendwie erledigt. Jetzt aber haben wir Zuspitzungen, und zwar ganz konkret im Hinblick auf die Kosten: Im Jugendhilfebereich gehen die Kosten in die Hunderte Millionen. Wir FREIEN WÄHLER stellen uns an die Seite der kommunalen Spitzenverbände, die erklären:

Die Kommunen können nicht alle Kosten für die übernehmen, die zwar volljährig, aber weiterhin in der Jugendhilfe sind. – Das sind immense Zahlen.

Wir FREIEN WÄHLER sind auch an der Seite der Verbände und der Organisationen, die mit dieser Zuwanderung umgehen müssen. Deshalb müssen wir hier vielleicht das Pferd von hinten aufzäumen und dürfen nicht mit ideologischen Debatten beginnen. Am Ende bleibt dann nämlich nichts übrig, von dem die Kommunen oder die Betroffenen herunterbeißen könnten. Wir müssen die Themen konkret benennen. Wir müssen tragfähige Lösungsvorschläge zu Papier bringen. Darin unterscheidet sich der Vorschlag der FREIEN WÄHLER von diversen anderen Papieren. Unser Gesetzentwurf bringt nämlich die Konnexität ganz konkret zu Papier. In unserem Gesetzentwurf heißt es ganz klar: Die den Kommunen entstehenden Kosten müssten ersetzt werden. – Alles andere ist nämlich schön und wohlfeil. Wenn unten die Hunderte von Millionen nicht ankommen, die dort geschultert werden müssen, dann ist eine Wortklauberei nicht zielführend. Ich sage es aber noch deutlicher, meine Damen und Herren: Ich habe in den letzten Monaten mit Dutzenden Bürgermeistern über dieses Thema bei der einen oder anderen Gelegenheit gesprochen. Nicht einer hat das Wort "Leitkultur" in den Mund genommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist nämlich nicht deren Thema, und zwar weder im Positiven noch im Negativen. Ich sage das ganz gezielt zur linken Seite im Landtag: Man sollte sich an Wörtern nicht zu sehr aufhängen. Man sollte auch nicht so tun, als müsste man nur das richtige Wort erfinden und hätte dann eine politische Debatte erledigt. Es geht doch jetzt wirklich darum, Butter zu den Fischen zu geben, wie man in Norddeutschland sagt. In Bayern würde man sagen, hier muss man etwas rüberwachsen lassen, von dem man abbeißen kann. Das aber fehlt uns in der gesamten Debatte, und das fehlt uns auch in dem Vorstoß der Staatsregierung, der über weite Strecken durchaus akzeptabel ist. In dieser Frage aber hat er Lücken.

Die kommunale Finanzierung ist völlig offen, aber die muss dringend nach vorne gestellt werden. Wir müssen draußen die Wogen glätten, damit wir falschen Kreisen keine Munition liefern. Wir, die FREIEN WÄHLER, sind Pragmatiker und keine Ideologen. Wir setzen deshalb dort an, wo die Dinge ins Laufen gebracht werden können. Dort müssen wir ansetzen, um zu verhindern, dass wir weitere Monate nur über Worte und Ideologien diskutieren, während die Menschen ganz andere Probleme haben. Die brauchen zum Beispiel Wohnraum. Auch das ist ein Thema, das politisch gelöst werden muss. Eine Lösung sehen wir bisher aber nicht. Wir müssen alles vermeiden, was zu Konflikten zwischen den Zuwanderern und der einheimischen Bevölkerung führt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben deshalb das Thema des Spracherwerbs sehr weit nach vorne gestellt. Wir sagen: Die deutsche Sprache ist unabdingbar, und es muss Hilfestellung geleistet werden. Es muss aber auch das Integrationsbemühen eingefordert werden. Damit haben wir eine ausgewogene Position, Fordern und Fördern, Pragmatismus statt Schlagwortpolitik bei diesem immens wichtigen Zukunftsthema.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Damit eröffne ich die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktion beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Verteilung darf ich als bekannt voraussetzen. Ich erteile das Wort dem Kollegen Huber von der CSU.

**Thomas Huber (CSU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir die nicht der Tageszeit angemessene Anrede an die FREIEN WÄHLER: Guten Morgen, liebe FREIE WÄHLER! Am vergangenen Donnerstag haben wir in einer langen Sitzung des Sozialausschusses den Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung für das neue Bayerische Integrationsgesetz, unsere Änderungsanträge sowie die bis dahin vorliegenden Änderungsanträge der SPD und der GRÜNEN sowie die Gesetzentwürfe zu beraten begonnen. Am Frei-

tag, also am Tag danach, haben wir eine E-Mail erhalten. Beim Lesen dieser neuen Mail ist mir der berühmte Satz, wer zu spät kommt, den bestraft das Leben, durch den Kopf gegangen. In dieser Mail habe ich zu meiner großen Überraschung gelesen, dass die FREIEN WÄHLER jetzt inmitten der laufenden Beratungen zum neuen Bayerischen Integrationsgesetz plötzlich doch noch einen eigenen Entwurf zum Integrationsgesetz aus dem Hut gezaubert haben. In Abwandlung dieses zitierten berühmten Satzes sage ich Ihnen deshalb: Wer zu spät kommt, hat manchmal einfach verschlafen.

Der Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER ist auch deshalb eine Überraschung, weil wir im Vorfeld Vorschläge von Verbänden, wie zum Beispiel von der GEW, Schulpflicht von Anfang an, und anderer Fraktionen – ich nenne das Beispiel der GRÜNEN –, etwa die Änderung in der Präambel, Satz 12, auch aufgenommen haben. Wir haben auch von Ihnen Änderungen aufgenommen, Herr Aiwanger.

Herr Kollege Fahn, Sie haben sich im Sozialausschuss am vergangenen Donnerstag ausdrücklich dafür bedankt, dass wir Änderungen aufgenommen haben. Ein Bonmot ist dabei, dass Sie trotzdem bei der Beratung des entsprechenden Artikels nicht zugestimmt haben. Das muss ich an dieser Stelle sagen: Das verstehe, wer es verstehen will. Ich verstehe es nicht. Ich vermute, lieber Kollege Fahn, dass Ihre Fraktion in der Integrations- und Flüchtlingspolitik, auch wenn es der Fraktionsvorsitzende anders dargestellt hat, tief gespalten ist und sich bei der letzten Fraktionssitzung der Flügel Ihrer Partei durchgesetzt hat, der nicht mit uns zusammen an einem Strang bei der Erstellung eines Integrationsgesetzes ziehen und bei dessen Gestaltung zusammenarbeiten will.

Wie tief gespalten die FREIEN WÄHLER in dieser Frage sind, sieht man allein daran, dass die entscheidende Abstimmung in der Fraktion der FREIEN WÄHLER auch mit einem Patt endete. Wie viele von Ihrer Partei stehen denn eigentlich zu dem eigenen Gesetzentwurf, den Sie jetzt gerade vorgestellt haben? Das Ganze erhält noch eine zusätzliche Pointe, wenn man weiß, dass Sie, Herr Aiwanger, die von der CSU einge-

brachten Änderungsvorschläge befürwortet hätten, aber bei der Abstimmung leider nicht da sein konnten, weil Sie an diesem Tag, ein glücklicher Umstand, zum zweiten Mal Vater geworden sind. Lieber Herr Kollege Aiwanger, ich bin selbst Familienvater und habe vollstes Verständnis und darf an dieser Stelle weg von der harten Diskussion Ihnen und Ihrer Frau namens unserer Fraktion ganz herzlich zu Ihrem zweiten Kind gratulieren. Alles Gute und Gottes Segen Ihnen und Ihrer Familie!

(Allgemeiner Beifall)

Es darf deshalb aber schon darüber süffisant spekuliert werden, wie die Abstimmung in Ihrer Fraktion ausgegangen wäre, wenn sich der Termin um einen Tag vorher oder nachher verschoben hätte. Es ist sicher nicht ganz unwahrscheinlich, dass sich Herr Aiwanger mit seiner Meinung durchgesetzt und es folglich keinen eigenen Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER gegeben hätte. Mich beschleicht der leise Verdacht, dass die Gegner eines Gesetzentwurfs der Staatsregierung die für ihren Fraktionsvorsitzenden erfreuliche Abwesenheit von dieser Sitzung genutzt haben und schwuppdwupp innerhalb von zwei Tagen einen aus dreizehn Artikeln bestehenden Gesetzentwurf vorgelegt haben, der auf mich den Eindruck macht, dass Sie von überall ein bisschen abgeschrieben haben, von der SPD beispielsweise, wenn es um die Position des Integrationsbeauftragten geht. Herr Kollege Pfaffmann erweitert das? – Ich kann es auch ergänzen. Sie haben recht, Herr Pfaffmann, nicht nur die Verordnung zum Integrationsbeauftragten, sondern auch die Wahl des Integrationsbeauftragten stammt von Ihnen, der einmal jährliche Integrationsbericht. Von der CSU wurden die Integrationsziele und vom Entwurf der Staatsregierung die Hochschulen, die Begriffsbestimmungen im Artikel 3 oder, wie Herr Fahn gesagt hat, auch ein bisschen von Baden-Württemberg abgeschrieben.

Der Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER kommt nicht nur viel zu spät, er würde auch durch die darin vorgeschlagene Schaffung eines Integrationsbeauftragten, der beim Bayerischen Landtag angesiedelt ist, eines bayerischen Integrationsrates sowie einer zentralen Informationsstelle beim Sozialministerium zu einer Doppelstruktur und zu

einer Integrationsbürokratie führen, die am tatsächlichen Bedarf vorbeigeht und die bewährten und gewachsenen bayerischen Strukturen nicht mehr hinreichend berücksichtigt.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Fahn, aus den Gesprächen mit meinen Helferkreisen in meinem Landkreis kann ich sagen: Was sie bei der Integration am meisten kritisieren, ist ein Zuviel an Bürokratie. Es ist unsere Aufgabe, diese abzubauen und nicht mit einem neuen Gesetzentwurf zu vermehren. Dem Gesetzentwurf liegt außerdem ein einseitiger Blick auf Migranten zugrunde, bei dem lediglich der Grundsatz des Förderns gilt, nicht aber der ebenso wichtige Grundsatz des Forderns, auf den wir großen Wert legen. Herr Aiwan-ger, in Ihren Reden der letzten Monate haben Sie auch diese Seite der Medaille immer wieder betont: Integration ist keine Einbahnstraße. Sie muss gefördert, aber auch ein-gefordert werden.

Darüber hinaus muss es entgegen der Forderung in diesem Gesetzentwurf auch bei dem bundesrechtlichen anerkannten Grundsatz bleiben, dass Integration nur bei den-jenigen ansetzen kann, die sich rechtmäßig und dauerhaft in Deutschland aufhalten. Insoweit bestehen auch erhebliche kompetenzrechtliche Bedenken. Wer diesen Grundsatz aufgibt, unterläuft alle deutschen Bemühungen, die Zuwanderung zu steu-ern.

Der letzte Punkt: Finanzen. Wie Sie wissen, unterstützt der Freistaat Bayern die Kom-munen bei der Unterbringung und Verpflegung von Flüchtlingen stärker als jedes an-dere Land.

(Beifall bei der CSU)

Wir können aber nicht, wie von Ihnen gefordert, die finanzielle Unterstützung für die Kommunen durch den Freistaat festschreiben. Integration ist eine gesamtgesellschaft-liche Aufgabe. Jeder Teil des Staates hat seinen Beitrag zu leisten. Im Übrigen sind zu

integrierende Migranten wie alle anderen Einwohner zu behandeln. Es erschließt sich uns nicht, warum für eine besondere Personengruppe ein besonderer Finanzausgleich erfolgen soll. Im Übrigen hat der Freistaat Bayern in geradezu vorbildlicher Art und Weise bewiesen, dass er die Kommunen in schwierigen Zeiten nicht im Stich lässt.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind der festen Überzeugung, dass der von der Staatsregierung vorgelegte Gesetzentwurf qualitativ besser und auch durchdachter ist als dieses Gesetz, das Sie schnell zusammengewürfelt haben. Ich bin deswegen dafür, dass wir den Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER in den federführenden Ausschuss verweisen. Die Diskussion steht morgen an.

(Beifall der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Herr Kollege Huber. – Herr Kollege Fahn hat noch eine Zwischenbemerkung.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER):** Ich war so oft angesprochen, herzlichen Dank. Deswegen kann ich so konkret antworten. Zum einen liegt unser Gesetzentwurf schon seit April vor, das zu Ihrem ersten Punkt. Zum Zweiten: Wir haben abgestimmt, und 83 % unserer Fraktion haben für diesen Gesetzentwurf gestimmt. Damit Sie das auch mal wissen. Sie sagen: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Das sehen wir anders. Wir bedanken uns auch beim Landtag, dass die Angelegenheit morgen im Sozialausschuss beraten wird. Wir sind dabei, und das ist richtig und wichtig. Ich habe mich letzte Woche bedankt. Es ist richtig, es kamen Verbesserungen von der CSU; die betrafen das Kapitel der Kommunen. Das war ein Vorschlag von uns. Aber darin heißt es: "im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit." – Das war uns insgesamt zu wenig.

Wir haben gerungen – das gebe ich zu. Letztendlich haben wir aber die Position der kommunalen Spitzenverbände komplett übernommen. Die haben uns geschrieben, dass das fehlt. Ich war gestern bei der Bayerischen Integrationskonferenz in Ingol-

stadt. Die Vertreterin des Landkreistages hat ganz klar gesagt: Da steht eben drin, den Kommunen entstehen keine Kosten. – Herr Huber, dieser Satz ist einfach falsch. Deswegen ist das unser wichtigster Punkt. Wir müssen für die Kommunen sorgen. Dass auch der Freistaat für die Flüchtlinge Gelder gibt, ist sicherlich klar. Damit haben sie aber keine langfristige Planungssicherheit. Die Verbände, die gestern in Ingolstadt dabei waren, haben klar gesagt, sie wollen eine langfristige Planungssicherheit, eine dauerhafte Finanzierung. Das wird mit dem Gesetz der Staatsregierung eben nicht erreicht, deshalb unser Gesetzentwurf.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Bitte schön.

**Thomas Huber (CSU):** Ich nehme Ihre Erklärungen dankend an, auch die Dankesworte zu unseren Änderungsvorschlägen. Ich stelle nur fest: Es ist schon seltsam, wenn Sie seit April einen Gesetzentwurf vorliegen haben, dass Sie ihn erst letzten Freitag eingereicht haben.

(Beifall bei der CSU – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Wir haben einmal auf die CSU gehofft!)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Kollege Huber. – Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Rauscher für die SPD. Bitte schön.

**Doris Rauscher (SPD):** Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Huber, die Helferkreise in unserem Landkreis, denke ich, bemängeln deutlich mehr als lediglich die überbordende Bürokratie. Ich hoffe, Sie hören auch bei all den anderen Punkten so aufmerksam hin wie bei dem Punkt Bürokratie. So viel dazu.

(Beifall des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Liebe FREIE WÄHLER, nun zu Ihnen: Für eine gute Sache steht die SPD-Landtagsfraktion immer sehr gerne für Blaupausen zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Für die Mehrheit reicht es nicht!)

Viele unserer guten Ideen und Forderungen, die wir in unserem Gesetzentwurf niedergeschrieben haben, finden sich teils wörtlich auch in Ihrem, wenn auch ein bisschen neu sortiert, aber ansonsten nicht mit wesentlichen Punkten wieder. Aber sei es, wie es ist: Passt schon! Solange es auch unseren Forderungen entspricht, sind wir uns einig. Grundsätzlich können wir diesen Gesetzentwurf also gutheißen. Wir freuen uns, dass Sie durch die Vorlage inspiriert wurden. Wir inspirieren immer gerne.

(Beifall bei der SPD)

Nun zur CSU: Ich hoffe, dass auch Sie von dieser Vorlage der FREIEN WÄHLER inspiriert werden. Nehmen Sie den Sachverstand der angehörten Experten auf, die vielen Forderungen der Oppositionsparteien und so vieler Menschen draußen im Land, und machen Sie etwas Neues und Gutes daraus!

Sie berücksichtigen aber nicht einmal die Expertise der eigens einberufenen Enquete-Kommission für Integration, und das alles nur, um dieses Gesetz so schnell wie möglich durch das Parlament zu drücken.

(Beifall des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Sie übergehen selbst gemeinsam getroffene Vereinbarungen zum parlamentarischen Verfahren. Das ist enttäuschend und eine Missachtung des Bemühens um ein gutes Miteinander hier im Hohen Haus. Der parlamentarischen Kultur im Hohen Haus ist das wirklich nicht dienlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Umso mehr freut es mich, dass wir heute nochmals Gelegenheit haben, über das Integrationsgesetz an sich zu sprechen; denn das Thema Integration dominiert wie kaum ein anderes derzeit die Stimmung in unserem Land. Gegenentwürfe zum Gesetzentwurf der Staatsregierung sind äußerst gefragt. Das Thema hat nämlich Sprengkraft. Vor allem werden die Ideen der Staatsregierung und der CSU-Landtagsfraktion befeuert, die das Potenzial haben, die Gesellschaft tatsächlich zu spalten.

Kolleginnen und Kollegen der CSU, Ihr Gesetz macht Angst und soll offensichtlich ganz bewusst Angst machen. Dieses Gesetz stellt Migranten unter Generalverdacht, schränkt deren Grundrechte ein und fordert, eröffnet aber auf keinen Fall faire Chancen. Dieses Gesetz erlässt Vorschriften, die niemand, auch Sie selbst nicht, eindeutig formulieren und interpretieren können. Was eine "Leitkultur" sein soll, ist nach wie vor sehr schwammig formuliert, und niemand weiß, worauf er eigentlich verpflichtet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist nicht nur die Einschätzung der SPD, sondern auch die der Wohlfahrtsverbände, der Kommunen, der Kirchen, der Migrantenverbände, der Lehrerverbände, der Rechtsexperten und nicht zuletzt der ehrenamtlichen Helferkreise und der Bevölkerung. Sie alle lehnen Ihr Abschreckungsgesetz ab, einfach alle. Unsere Fachanhörung im Sozialausschuss und im Verfassungsausschuss hat das in geradezu erschreckender Art und Weise verdeutlicht. Sämtliche Expertinnen und Experten haben den Gesetzentwurf der Staatsregierung in dieser Form einhellig abgelehnt. Was für ein unwürdiges Spektakel tragen Sie eigentlich auf dem Rücken der Migrantinnen und Migranten aus, die teils schon viele Jahre bei uns im Land leben und längst Teil der Gesellschaft sind? – All diese Menschen stoßen Sie vor den Kopf und sorgen mutwillig dafür, dass die Stimmung in unserem Land aufgeheizt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wachen Sie endlich auf, und nehmen Sie diesen Widerstand, der draußen tobt, endlich ernst!

Wir wollen eine Integrationspolitik, die Migranten ernst nimmt und sie dabei unterstützt, sich in unserer Gesellschaft zurechtzufinden, und ihnen Teilhabe in allen Bereichen des Alltags ermöglicht. "Augenhöhe" ist das Stichwort, nicht "Bevormundung" oder "Ausgrenzung".

Wir brauchen eine Integrationspolitik, die klare Regeln formuliert, aber auch faire Chancen eröffnet, die verlässliche Integrationsangebote schafft, bei denen Spracherwerb und Bildungspolitik sowie Integration in den Arbeitsmarkt im Vordergrund stehen.

(Beifall bei der SPD)

Eine Integrationspolitik auf der Grundlage der Werte, Grundrechte, Grundpflichten des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung, darum geht es. Das gilt für alle Menschen, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund.

Noch ein letztes Wort: Vor Kurzem kam der "Glücksatlas 2016" heraus. Er besagt: Je toleranter eine Gesellschaft, desto glücklicher ist sie. – In diesem Sinne, liebe Kolleginnen und Kollegen, entscheiden Sie sich bitte für Bayerns Glück.

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Bitte noch einen kleinen Moment, Frau Rauscher, Sie erhalten auch noch zwei Minuten Redezeit. Es gibt noch eine Zwischenbemerkung des Kollegen Fahn.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER):** Herzlichen Dank für diesen Redebeitrag. Ich will noch hinzufügen: Wir FREIE WÄHLER schreiben nicht nur ab, sondern entwickeln natürlich auch neue Ideen. Ich mache das schon seit einiger Zeit. – Jetzt kommt der Werbeblock.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben zum Beispiel schon im November 2015 einen Antrag betreffend den Integrationsbeauftragten eingereicht. Der Antrag wurde einfach nicht auf die Tagesord-

nung gesetzt. Wir wollten, dass der Integrationsbeauftragte vom Landtag gewählt wird. Diese Position vertreten auch Sie. Wir können nichts dafür, unsere Idee war schon vorher da.

Wenn wir einmal etwas von Baden-Württemberg abschreiben, dann ist das doch nicht schlecht. Dort sind die GRÜNEN und die CDU an der Regierung. Die SPD schreibt öfter mal etwas von Nordrhein-Westfalen ab. Wenn es gut ist, dann ist das doch okay, oder?

**Doris Rauscher (SPD):** Soll ich darauf noch etwas sagen, Herr Fahn? – Wenn wir uns überwiegend so einig sind, darf man sich durchaus gegenseitig inspirieren. Es war eine Feststellung, nicht mehr und nicht weniger. Dass Sie vielleicht etwas spät dran sind mit der Einreichung des Gesetzentwurfs, ist auch nur eine Feststellung.

(Beifall bei der SPD)

Der Eindruck entsteht – ich will Ihnen da gar nicht allzu nahetreten –, dass Sie ziemlich viel "Copy and Paste" gemacht haben. Ich habe das einfach erwähnt. Nichtsdestoweniger habe ich Ihren Gesetzentwurf unterstützt. Im Detail werden wir im Fachausschuss noch darüber reden. Im Großen und Ganzen trifft er in unserer Fraktion aber auf Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Einen kleinen Moment noch, Frau Rauscher. Mittlerweile hat sich noch der Kollege Huber gemeldet. – Herr Huber, bitte schön.

**Thomas Huber (CSU):** Liebe Kollegin Rauscher, der Stimmkreisabgeordnete aus Ihrem Landkreis hört sehr wohl zu und nimmt auch die anderen Punkte auf, hätte aber noch eine Bemerkung. Es wird in unsäglicher Art und Weise immer von einer Ausgrenzung bzw. von einem Ausgrenzungsgesetz gesprochen. Die Fachanhörung war nicht die einzige Möglichkeit, bei der wir Verbänden und Organisationen die Möglichkeit gegeben haben, sich zu äußern und zurückzumelden. Ist Ihnen bekannt, dass bei der

Verbändeanhörung 225 Verbände gefragt wurden und 110 Mitglieder des Integrationsrates, die angeschrieben wurden, die Möglichkeit hatten, sich zurückzumelden? Ist Ihnen klar, dass sich davon 68 geäußert haben und die überwiegende Mehrheit von ihnen die Initiative für unser Gesetz begrüßt hat? Ist Ihnen auch klar, dass der Grundsatz des Förderns und Forderns allgemein positiv bewertet wurde?

**Doris Rauscher (SPD):** Ich danke dem Kollegen aus meinem Stimmkreis und nehme auch gern noch einmal Stellung. Was die Ausgrenzung betrifft, muss man sagen, dass die Sprache in dem Gesetz gemeint ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es sind die Präambel und der ganze Duktus. Das Gesetz sucht wirklich bundesweit seinesgleichen. Allein die Sprache ist so ausgrenzend, dass wir auf Details der Artikel gar nicht eingehen müssen. Das ist diskriminierend. Das zum einen.

Zum Zweiten. Ja, viele haben ein Integrations- und Partizipationsgesetz begrüßt. Aber noch vor all den Debatten hat die SPD-Fraktion Ende 2015 einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Den die CSU abgelehnt hat!)

Die CSU hat ihn abgelehnt. Die Verbände sprechen sich durchaus für ein Integrations- und Partizipationsgesetz aus, aber nicht so, wie es vorliegt. Da gibt es feine Unterschiede.

Zum Thema "Fordern und Fördern". Auch wir fordern in unseren Änderungsanträgen. Aber wenn das Fordern nicht annähernd so mit Haushaltsmitteln ausgestattet wird, dass für Migranten in unserem Land faire Chancen entstehen, sich, vor allem im sprachlichen Bereich und im Bildungsbereich, wirklich zu integrieren, ist das Gesetz ausgrenzend, unfair und diskriminierend. Genau das möchten wir nicht.

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Frau Kollegin Rauscher. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darf ich jetzt Frau Kollegin Kamm das Wort erteilen. Bitte sehr.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Danke schön, Herr Präsident, und ein Dankeschön auch an die FREIEN WÄHLER, die mit ihrem Gesetzentwurf wieder einmal deutlich machen, dass Bayern ein Integrationsgesetz braucht, und zwar, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CSU, eines, das den Namen Integrationsgesetz verdient und kein Ausgrenzungsgesetz ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der vorliegende Gesetzentwurf nennt das richtige Ziel. Er stellt fest, dass gelingende Integration die richtigen staatlichen Rahmenbedingungen braucht. Der Gesetzentwurf tut dies zudem in einer angemessenen und einer nicht verletzenden und nicht ausgrenzenden Sprache. Menschen, die sich verletzt und beleidigt fühlen, kann man nicht integrieren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU.

Der Gesetzentwurf stellt fest, dass gelingende Integration gerade nicht bedeutet, dass Menschen, die zu uns kommen, ihre eigene Herkunft leugnen, und dass gelingende Integration gerade nicht Assimilation bedeutet, sondern Raum für Unterschiede lässt und das Recht auf Entfaltung der eigenen Persönlichkeit garantiert. Zugleich verzichtet der Gesetzentwurf auf fragwürdige Leitkulturkonstrukte und verweist stattdessen ganz klar auf die Grundwerte und die Bayerische Verfassung. Herzlichen Dank dafür.

Meine Kolleginnen und Kollegen, ehrenamtliche Vereine, Arbeitgeber und Kommunen sind es, die Integration leisten und die für ihre Arbeit vom Staat unterstützt werden müssen und daran nicht gehindert werden dürfen wie zum Beispiel durch die Richtlinie des Innenministers zu den Ausbildungsverboten. Der Gesetzentwurf stellt richtigerweise fest, dass Integrationsarbeit den Staat Geld kostet. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, tun so, als koste Integration kein Geld. Das stimmt nicht. Allerdings

profitiert der Staat dann auch wieder von gelingender Integration. Ausgrenzung jedoch verursacht erhebliche gesellschaftliche Kosten und Schäden.

Leider fehlt im Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLERINNEN und WÄHLER eine Konkretisierung, welche Leistungen der Kommunen durch den Staat finanziert werden sollen und wie die Kommunen genau unterstützt werden sollen. Damit der Gesetzentwurf Wirkung entfalten kann, brauchen wir eigentlich eine Konkretisierung. Aber hier kann man ja noch nachbessern. Konkrete Maßnahmen vermessen wir auch bei der Einbeziehung und Stärkung der Migrantinnen- und Migrantorganisationen. Konkrete Maßnahmen fehlen weiter bei der interkulturellen Öffnung der Verwaltung, und konkrete Maßnahmen fehlen bei der Verbesserung der Handlungsfähigkeit und der Handlungsmöglichkeiten der Kommunen. Natürlich fehlt auch die Konkretisierung, was denn mit einem Bayerischen Partizipations- und Integrationsgesetz gemeint ist; denn in dem Gesetzentwurf fehlt das Wort "Partizipation" ebenso wie die Konkretisierung. Es gibt also noch Perspektiven zur Weiterentwicklung. Aber der Gesetzentwurf ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Zu dem Thema "Guten Morgen", Herr Kollege Huber, möchte ich nur eines sagen. Unsere Fraktion hat bereits in der vorletzten Legislaturperiode den Entwurf für ein Integrationsgesetz auf den Tisch gelegt, und die SPD hatte in dieser Legislaturperiode auch schon ein Integrationsgesetz auf den Tisch gelegt. Angesichts Ihrer Fraktionsgröße wäre es also eigentlich viel eher angesagt, dass man Ihnen einen guten Morgen wünscht. Aber Sie haben das, was ein Integrationsgesetz eigentlich leisten soll und muss, bis jetzt nicht verstanden. Sie haben nicht gesehen, welche sinnvollen Richtungen und Wege beispielsweise die Integrationsgesetze anderer Bundesländer aufzeigen, sondern im Prinzip etwas ganz Eigenes aus einer ganz eigenen Ideologie heraus geschnitzt. Das Gesetz, das Sie vorgelegt haben, ist nicht weiterentwicklungsfähig, das der FREIEN WÄHLER schon.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Frau Kollegin Kamm. – Für die Fraktion FREIE WÄHLER spricht jetzt Kollege Streibl. Bitte sehr.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Huber, den Schaum vor dem Mund hätte es vorher eigentlich nicht gebraucht; denn die Entwicklung ist eigentlich eine andere, und das Thema ist zu ernst, als dass man mit solchen Geschützen auffährt.

Ja, es gab Gespräche zwischen der CSU und unserer Fraktion, bei denen wir versucht haben, um das Gesetz der CSU zu ringen und Verbesserungsvorschläge einzubringen. Es gab Gespräche, und sie sind sogar sehr konstruktiv verlaufen. Daher möchte ich mich an dieser Stelle bei der CSU dafür bedanken, dass sie einige unserer Vorschläge übernommen hat, die jetzt in den Änderungsanträgen der CSU Wirklichkeit werden. Insofern wird das Gesetz der CSU bzw. der Staatsregierung auch ein wenig die Handschrift der FREIEN WÄHLER tragen. Das halte ich für einen Erfolg, und so etwas kommt nicht allzu häufig vor.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Durch unseren Einfluss wurde aus der Präambel etwas Schärfe herausgenommen, und wir konnten das Ehrenamt einführen und weiter stärken.

Eines war für uns ganz wichtig. Vorher war in dem Gesetz von den Kommunen überhaupt nicht die Rede. Das ist erkannt worden, und jetzt steht das Wort drin, wenn auch nicht so, wie wir es uns wünschen, und nicht mit der Bedeutung, die wir ihm beimessen. Aber es steht drin. Auch die Schulpflicht für die Migrantenkinder ist aufgenommen worden. Von daher ist das Ergebnis für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hier im Haus recht passabel. Danke schön, CSU!

Allerdings konnten wir am Schluss nicht zusammenkommen; denn wir sehen die Rolle der Kommunen doch entscheidend anders. Eine Integration von Menschen, die zu

uns, aus welchen Gründen auch immer, kommen, findet weder in Brüssel noch im Bundeskanzleramt oder in der Staatskanzlei statt.

(Unruhe)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Kollege Streibl, einen kleinen Moment bitte. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Grundlautstärkepegel ist hier einfach zu hoch. Bitte, wir haben hier eine Debatte über die Erste Lesung. Zur Abstimmung kommen wir später. – Bitte, Herr Kollege.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Danke schön, Herr Präsident. – Ich wollte sagen: Integration findet immer vor Ort in unseren Dörfern, in unseren Städten und in unseren Kommunen statt. Dort sind die Menschen, die miteinander leben werden und leben müssen und die aufeinander zugehen müssen. Das wird von vielen praktiziert, gerade von vielen Helferkreisen, denen an dieser Stelle von Herzen gedankt werden muss. Dort findet Integration statt. Das wurde leider sehr lange übersehen. Wenn man das in früheren Jahren oder Jahrzehnten gemacht hätte, hätten wir heute vielleicht auch andere Sorgen nicht. Dort kommen die Menschen zusammen. Dabei müssen die Gemeinden unterstützt werden, weil das Aufgaben sind, die nicht nur in das normale Gemeindeleben hineinspielen, sondern es vielfach übersteigen, wenn die Herausforderungen so massiv sind wie im letzten Jahr. Hier kommen Gemeinden an ihre finanziellen Grenzen. Letztlich ist es eine Verpflichtung des Staates, hier die Gemeinden zu unterstützen, wo es geht. Diese Verpflichtung, die seit dem Jahr 2013 auch in der Bayerischen Verfassung steht, muss mit Leben erfüllt werden. Das war unsere große Forderung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die CSU-Fraktion konnte dieser Forderung leider nicht nachkommen; denn hier war wohl die Konnexität ein rotes Tuch. Hier scheut die CSU-Landtagsfraktion die Konnexität so wie der Teufel das Weihwasser. Das darf in einem Gesetz nicht drinstehen.

Daher kamen wir hier nicht zusammen. Deswegen waren die Ergebnisse bei uns in der Fraktion so, wie sie sind. Wir haben gesagt: Dann müssen wir unseren eigenen Gesetzentwurf einreichen, in dem wir diejenigen Dinge verwirklicht sehen, die wir als wichtig betrachten und die wir wollen.

Es geht bei dem Ganzen – deswegen möchte ich versuchen, die Schärfe ein bisschen rauszunehmen – um die Zukunft unseres Landes, die Menge an Menschen, die hinzugekommen sind, und die Aufgaben, die wir vor Ort haben. Hier geht es letztlich um die Einigkeit in unserem Land. Es geht darum, dass wir alle Bürger mit gleichen Rechten und Pflichten sind, dass wir zusammenstehen und zusammenhalten. Hier an diesem Ort dürfen wir uns am allerwenigsten auseinanderdividieren lassen, sondern wir müssen hier die Weichen dafür stellen, wie sich unser Land in Zukunft entwickelt und wie die Menschen hier letztlich ihr Lebensglück finden, zusammenleben und dann eine gemeinsame Zukunft aufbauen können. Das muss hier geleistet werden. Das dürfen wir nicht aus den Augen lassen. Gerade bei uns in Bayern können sich alle miteinander an die Biertische setzen, zusammen ein Bier trinken und miteinander reden. Hier begegnet man sich auf Augenhöhe. Das sollte man nicht vergessen, sondern wir sollten gerade in Bayern das "Leben und leben lassen" pflegen.

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Herr Kollege, beachten Sie bitte die Uhr?

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Ich beachte sie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Allgemeine Heiterkeit)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Na also, positiv. Danke schön. – Die Aussprache ist damit geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

(Unruhe)

– Ich bitte doch um etwas Ruhe.